



Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V. im Rat der Stadt Köln

Fraktion pro Köln - Brückenstraße 19 - 50667 Köln

www.pro-koeln-online.de

Pressemitteilung

Telefon: 0221 / 221 - 9 15 12

Bitte der Redaktion vorlegen!

Telefax: 0221 / 221 - 9 15 15

Köln, den 16.01.2006

Kölner Messeskandal:

Protest bei Eröffnungsfeier der umstrittenen neuen Messehallen

Obwohl die Staatsanwaltschaft Köln, die Bezirksregierung und die EU-Kommission wegen der Finanzierung der Kölner Messehallen ermitteln, trafen sich heute die Hauptverantwortlichen völlig ungeniert zur feierlichen Eröffnung des umstrittenen Bauwerks. Während also Oberbürgermeister Fritz Schramma sowie zahlreiche CDU-, SPD- und FDP-Ratspolitiker im Kongresszentrum der Koelnmesse feierten, protestierten vor dem Eingang Mandatsträger und Aktivisten der Bürgerbewegung pro Köln gegen den dubiosen Deal mit dem Oppenheim-Esch-Fonds.

Denn genau dieser berüchtigte Immobilien-Fonds war es, der den Bau der Messehallen finanzierte, um anschließend in den nächsten 30 Jahren rund 750 Millionen Euro Mietzahlungen von der Koelnmesse einzustreichen. Dabei hat die Stadt Köln eine Mietgarantie übernommen, muß also für die Messe einspringen, wenn diese die enormen jährlichen Belastungen nicht mehr tragen kann - was angesichts der Finanzsituation der Koelnmesse nicht auszuschließen ist. Der Schaden für die öffentliche Hand, sprich die Kölner Bürger, könnte bis zu 360 Millionen Euro betragen, weil es angeblich günstigere Finanzierungsmodelle gegeben hat. Diese Alternativen wurden aber niemals in einem regulären europaweiten Ausschreibungsverfahren geprüft, so wie es bei einem Bauvorhaben in dieser Größenordnung nach Ansicht

von Rechtsexperten eigentlich zwingend vorgeschrieben gewesen wäre.

Für die Fraktion pro Köln Grund genug, im Rat und in allen entsprechenden Gremien heftigst gegen die Finanzierung durch Oppenheim-Esch zu protestieren und genaueste Aufklärung einzufordern. Vor allem drängt pro Köln darauf, daß endlich einmal empfindliche Strafen für die Hauptverantwortlichen folgen müssen. Im Visier der Staatsanwaltschaft steht derzeit besonders Oberbürgermeister Schramma, seines Zeichens auch Aufsichtsratsvorsitzender der Koelnmesse und der Sparkasse KölnBonn. Pro Köln hat schon vor Monaten gefordert, daß Schramma bis zum Ende des staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens sein Amt ruhen lassen soll.

Die etablierten Kölner Parteien zeigen sich von den gravierenden Vorwürfen bisher allerdings wenig beeindruckt. Trotz aller Lippenbekenntnisse stehen sie weiter zu dem Deal mit Oppenheim-Esch, was auch die zahlreiche Teilnahme von CDU-, SPD- und FDP-Politikern an den heutigen Festivitäten beweist. Solange sich daran nichts ändert, werden aktive pro-Köln-Mitglieder diese „ehrenwerte Gesellschaft“ auch weiterhin mit ihren Schandtaten konfrontieren, zum Beispiel so wie heute in Form einer Mahnwache.

Der Geschäftsführer der Fraktion pro Köln, Manfred Rouhs, erklärt dazu:

„Wir stehen hier heute, um die politische Klasse dieser Stadt an ihre Verantwortung beim Messeskandal zu erinnern. Die Vorgänge um die Finanzierung der neuen Messehallen haben für jeden erkennbar einen kriminellen Beigeschmack. Und die Kölner Bürger müssen wieder einmal die Zeche dafür zahlen, womöglich sogar im dreistelligen Millionenbereich! Solange durch Filz und Vetternwirtschaft derart das Geld der Steuerzahler verschwendet wird, haben natürlich auch die allgemeinen Sparbemühungen der Stadt Köln keine Aussicht auf Erfolg. Ein radikales Umsteuern ist deshalb nötiger denn je!“

Exklusives Bildmaterial können Sie hier herunterladen:

<http://www.pro-koeln.org/artikel2/mahnwache-messe.htm>

verantwortlich: Markus Wiener

Diese Pressemitteilung ist als PDF-Datei abrufbar unter www.pro-koeln-online.de